

Frau Adolfs gibt ergänzende Erläuterungen zu der Beratungsvorlage und sagt die von der Ausschussvorsitzenden erbetenen Erweiterung des zu befragenden Personenkreises auf die Eltern der Schülerinnen und Schüler der Klasse 1 zu.

Herr Ehrhardt äußert den Wunsch, den Befragungsbogen dem Schulausschuss vor der Versendung zugänglich zu machen und über diesen zu beraten. Das sagt die Verwaltung zu.

Herr Grütz regt eine tiefergehende Frage nach den Gründen für das Auspendeln in Nachbargemeinden an und weist auf die Schwierigkeiten hin, eine umfassende Information über die verschiedenen schulorganisatorischen Differenzierungsmöglichkeiten nach Ablauf der Orientierungsstufe in einer Sekundarschule darzustellen. Zusätzlich wird die Frage gestellt, ob der Bedarf für eine Gesamtschule ebenfalls abgefragt wird. Aufgrund der räumlichen Nähe zweier Gesamtschulen sieht Frau Thamm allerdings keine Chance auf eine Genehmigung eines entsprechenden Antrages und erkennt demzufolge keinen Bedarf für die Abfrage nach dieser Schulform.

Die Abstimmung mit den Nachbarkommunen und sonstiger zu beteiligenden Stellen ist nach Auffassung der Verwaltung im Anschluss an die Ermittlung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und der daraus resultierenden Handlungsempfehlungen im Schulentwicklungsplan vorzunehmen.